

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Marc Bernhard,
Roger Beckamp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10372 –**

Vom dänischen Umgang mit Parallelgesellschaften lernen – Strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einleiten

A. Problem

Die Antragsteller führen in ihrem Antrag aus, dass die Bundesregierung den Unterschied zwischen unregelmäßiger Einwanderung in das deutsche Sozialsystem und selektiver Arbeitsmigration nach Deutschland offenbar nicht kenne. Die AfD-Fraktion wolle die unregelmäßige Masseneinwanderung stoppen, die Remigration befördern und lediglich Migranten dulden, die zum Gemeinwohl positiv beitragen würden. Die Ansätze der dänischen Regierung könnten als Orientierung dienen. In Dänemark werde daran gearbeitet, auch stadtplanerisch eine räumliche Verteilung von Zuwanderern zu gewährleisten und Migranten auf dänische Lebensverhältnisse zu verpflichten.

Die Antragsteller fordern einen Stopp der Wohnungsbauförderprogramme, da diese die Probleme verstärken. Stattdessen fordern sie eine strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einzuleiten, um nach dänischem Muster Parallelgesellschaften und Gegengesellschaften aufzulösen und die Remigration illegaler Einwanderer umzusetzen. Außerdem werde die Bundesregierung aufgefordert, ein interdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt zu initiieren, das die Möglichkeit einer Adaption der dänischen Migrantengesetzgebung zu Parallelgesellschaften mit Fokus auf Stadt- und Wohnungsbaupolitik untersuchen solle. Auf EU-Ebene solle darauf hingewirkt werden, Deutschland nach dänischem Muster unionsrechtsbezogene Vorbehaltsvereinbarungen im Bereich des Innern und der Justiz einzuräumen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10372 abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2024

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Sandra Weeser
Vorsitzende

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Sebastian Münzenmaier

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10372** in seiner 153. Sitzung am 21. Februar 2024 erstmals beraten und zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Rechtsausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller wollen eine strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einleiten. Die Ansätze der dänischen Regierung zum Umgang mit Parallelgesellschaften können nach Auffassung der AfD-Fraktion der deutschen Politik als Vorbild dienen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 70. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 93. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 76. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 71. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 61. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 66. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 52. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/10372 in seiner 63. Sitzung am 13. März 2024 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der

Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass Deutschland mittlerweile ein Problem mit Parallelgesellschaften habe. Das sei unstrittig und auch von anderen Fraktionen zu vernehmen. Spätestens seit dem 7. Oktober 2024, als die Hamas Israel angegriffen habe, könne insbesondere auf Berlins Straßen nicht mehr von der deutschen Leitkultur, sondern müsse von abgeschotteten Parallelgesellschaften gesprochen werden. Insbesondere das dänische Modell, das von dänischen Sozialdemokraten entwickelt worden sei, könne Anregungen im Bereich der Migrations- und Städtebaupolitik geben. Der Antrag fordere unter anderem ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, in dessen Rahmen geprüft werden solle, welche dänischen Maßnahmen für Deutschland sinnvoll sein könnten.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass die dänische Wohnungspolitik in Gänze betrachtet werden müsse. Die Fraktion der AfD habe sich lediglich einzelne Aspekte herausgegriffen. Der Kern der dänischen Politik sei ein starker Sozialstaat. Dort seien über 20 Prozent des Wohnungsbestandes Sozialwohnungen. Darüber hinaus setze man auf „Bewohnerdemokratie“, das bedeute, dass Stadtteile mit ehrenamtlichen Initiativen lebenswert erhalten und das soziale Miteinander gefördert werde. Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften erwirtschafteten in Dänemark keine Profite; die Mieten deckten nur die faktischen Kosten. Man werde die Diskussion fortsetzen, wenn man über Wohnungsgemeinnützigkeit spreche.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass der Antrag versuche, Probleme der Migrations- und Integrationspolitik durch Maßnahmen der Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik zu lösen. Die Umsiedlung von Menschen löse diese Probleme jedoch nicht. Auch wegen der mündlich vorgetragenen Beiträge der AfD wäre der Innenausschuss eher zuständig für solche Debatten zur Migrations- und Integrationspolitik. Laut Antrag solle es unterschiedliche Ebenen der Rechtsprechung geben, also Menschen, die in einem bestimmten Stadtteil wohnten, sollten ein höheres Strafmaß bekommen. Das sei gegen das Grundgesetz. Als Opposition sehe man dennoch Handlungsbedarf. Es müsse zielgerichteter gefördert werden, so dass es in Stadtteilen und Kommunen nicht zu einem zu hohen Migrationslevel kommen könne. Man höre diese Forderung auch von den Kommunalvertretern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und man ausländische Fachkräfte benötige. Eine Kultur, die Menschen willkommen heiße, sei erforderlich, für die Sicherung der Sozialsysteme. Das Grundgesetz gelte unabhängig von der Herkunft. Das im Antrag geforderte Stoppen der Städtebauförderung und weiterer Förderprogramme bedeute, dass den Kommunen das Geld fehle, um Quartiersentwicklung und Stadterneuerung zu machen. Die Projekte der Städtebauförderung wirkten konkret vor Ort und sorgten für ein vielfältiges Miteinander in den Quartieren.

Die **Gruppe Die Linke** kritisierte, dass es in dem Antrag kaum sachgerechte Vorschläge gebe, über die es sich lohne zu reden, vielmehr gehe es um Schuldzuweisung und Abwertung von Migrantinnen und Migranten.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass tatsächlich die Zuwanderung nach Deutschland geregelt werden müsse. Daraus könne nicht abgeleitet werden, dass die bisherige Migration zu Ghettoisierung geführt habe. Die in dem Antrag geforderte Zwangsumsiedlung sei für die FDP nicht tragbar. Vielmehr müssten geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und in Bildung investiert werden. Nach § 171e BauGB könnten bereits jetzt städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt zur Stabilisierung und Aufwertung von benachteiligten Ortsteilen etc. verwendet werden. Wenn die AfD die Städtebauförderung abschaffen wolle, dann nehme sie den Kommunen die Mittel aus der Hand. Die Dänen seien bereit, große Teile des Sozialwohnungsbestandes in Eigentumswohnungen umzuwandeln als soziale Absicherung. Das sei positiv zu bewerten. Ansonsten könne man ausländische Systeme nicht zwangsläufig übertragen.

Berlin, den 13. März 2024

Sebastian Münzenmaier
Berichtersteller

